UNHCR
United Nations High Commissioner for Refugees
Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés

Facsimile Message

Der Hohe Flüchtlingskommissär der Vereinten Nationen
Vertretung in Österreich

Wagramerstraße 5, A-1400 Wien
www.unhcr.at

To/An:		Destination fax number/ Fax Empfänger:	
From/Von:	Mag. Birgit Einzenberger Rechtsabteilung	Return fax number/ Fax Absender:	+43 1 263 41 15
Date/Datum:	25. April 2003	Tel:	+43 1 26060-4054
Code/GZ:	AUS/MSC/HCR/105	Email:	einzenbe@unhcr.ch
		No. of pages (incl. cover)/ Seitenzahl (inkl. Deckblatt):	2

L\LEG\AUTH\COI\Kos03-02.doc

Subject/Betr.: Kosovo – Personen, die sich weigerten, für die UCK zu kämpfen

Sehr geehrte/r ,

bezugnehmend auf Ihre Anfrage vom 17. März 2003 erlauben wir uns, Ihnen nach Rücksprache mit unserem Büro in Pristina Folgendes mitzuteilen:

Die genaue Zahl von UCK-Mitgliedern zum Zeitpunkt des Konflikts im Kosovo ist unbekannt. Schätzungen gehen von über 15.000 bis 30.000 Personen aus, was vor dem Hintergrund der Tatsache, dass mehr als 70% der Bevölkerung Kosovos jünger als 25 Jahre sind, nicht sehr viel erscheint. Da die UCK von Freiwilligen abhing und überdies sehr strikte Selektionskriterien anlegte, spielt die Bestrafung wegen Weigerung, für die UCK zu kämpfen, bzw. Zwangsrekrutierung in der Praxis keine große Rolle.

Eine solche Bedrohung könnte jedoch von Männern vorgebracht werden, die aus Gebieten stammen, in denen die UCK besonders aktiv war und die den Kosovo während oder in Erwartung des bevorstehenden Konflikts unter Umständen verließen, die zu ihrer Einstufung als Verräter führten. Ebenso könnten Personen aus von der UCK stark dominierten Gebieten, die zum Zeitpunkt des Konflikts im Ausland waren und sich einer Aufforderung nach finanzieller Unterstützung der UCK verweigerten, betroffen sein. Einzelne Personen, die maßgeblich daran beteiligt gewesen sind, dass sich ein ganzes Dorf dazu entschied, die Waffen an die serbischen Behörden abzugeben, um einen Konflikt zu vermeiden, könnten durch andere Dorfbewohner mit ehemaligen Verbindungen zur UCK bedroht sein.

Beinahe vier Jahre nach dem Ende des Konflikts im Kosovo scheint nach Ansicht von UNHCR das allgemeine Risiko von Übergriffen, die in Zusammenhang mit der Weigerung, für die UCK zu kämpfen, stehen, insgesamt jedoch geringer geworden zu sein. Nach Ansicht von UNHCR sind *„Personen, die sich weigerten, sich der UCK anzuschließen, oder aus dieser desertiert sind“* nicht mehr als Gruppe schutzbedürftig, sondern bedarf es dazu im Einzelfall des Vorliegens besonders herausragender Umstände von der oben angeführten Natur.

Wie unser Büro in Pristina beobachtet, ändert sich die allgemeine Einstellung gegenüber Personen, die aus UCK dominierten Gebieten stammen und sich nicht aktiv am Konflikt beteiligt haben. Der Konflikt zwischen verschiedenen Fraktionen (Pro-UCK und andere) hat sich durch die Aktivität der politischen Parteien im Kosovo in das politische Leben verlagert: Während sowohl PDK als auch AAK auf ihrer kämpfenden Vergangenheit aufbauen, aber auch über prominente Mitglieder ohne direkter UCK Verbindung verfügen, wird die LDK, die selbst ihre maßgebliche Teilnahme am Krieg betont, aus Sicht der ehemaligen UCK als gegen die UCK eingestellt wahrgenommen.

Die PDK hat ihren Einfluss in Drenica (Skenderaj/Srbica und Gllogovc/Glogovac), Malisheve/Malisevo und einigen anderen Gemeinden bewahrt. Dort kommt es nach wie vor vereinzelt zu bewaffneten Zwischenfällen, darunter auch Ermordungen. Es scheint für Polizei und Gerichtsbarkeit aber sehr schwierig zu sein, im Einzelfall zu beurteilen, ob dahinter eine politische Motivation lag.

Das Risiko für Personen, die bereits bedroht worden sind, könnte grundsätzlich vermindert werden, wenn die Täter bekannt sind und die Information an die Polizei weitergeleitet wird. Seit 2002 wurde gegen eine Reihe ehemaliger UCK-Mitglieder wegen Verdachts auf im Zuge des Kosovo-Konflikts begangene Straftaten ermittelt und wurden Strafverfahren eingeleitet. In Folge wurden etwa im Dezember letzten Jahres fünf Mitglieder der *„Dukagjini Gruppe“* verurteilt. Die kürzliche Ermordung eines Zeugen im Prozess gegen diese Gruppe zeigt jedoch, dass die allgemeine Sicherheitssituation im Kosovo nach wie vor unbefriedigend ist.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen behilflich gewesen zu sein und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Mag. Birgit Einzenberger
Rechtsabteilung
UNHCR Wien